

Tibeter in Dege wegen Unabhängigkeitsaktivitäten festgenommen

Im Bezirk Dege in der TAP Kardze überfielen am 15. April Sicherheitskräfte das Dorf Doda in der Gemeinde Dzatoe und nahmen 15 junge Männer unter dem Verdacht fest, die Unabhängigkeit für Tibet gefordert zu haben.

Es wird vermutet, daß sie Plakate aufgehängt und Flugblätter verteilt haben. Einer von ihnen, ein Mönch namens Tragyal, sei kürzlich nach Verbüßung einer dreijährigen Gefängnisstrafe entlassen worden.

„Um die 300 Polizisten und paramilitärische Kräfte umstellten das Dorf, brachen in die Häuser der Tibeter ein und nahmen die Leute fest“, verlautet aus einer dortigen Quelle. „Eine ältere Frau namens Namsa Sangmo flehte die Polizei an, mit ihren Gewaltakten aufzuhören, doch sie griffen sie statt dessen an und brachen ihr dabei einen Arm“.



Polizei rückt in einem tibetischen Dorf ein
(Szene aus einem herausgeschmuggelten Video)

Unter den Festgenommenen wurden Yeshe Choegyal, Wangchen, Wangdu, Lobsang Tsewang, Yeshe Jungne, Tragyal, Tenzin Tsondru, Tengyal, Yonten und Tenzin Tsering genannt. Die Namen der übrigen konnten nicht in Erfahrung gebracht werden, ebensowenig, ob sie in aller Form verhaftet wurden und angeklagt werden oder nur zur Ermittlung festgenommen wurden.

Die Quelle fügte hinzu, kürzlich seien schon einmal 20 Tibeter aus Dzatoe in Gewahrsam genommen worden. „Sie wurden mehrere Tage lang in der Haft mißhandelt, aber schließlich wieder freigelassen“. Nach Auskunft einer anderen Quelle seien am 15. März acht Tibeter in Haft genommen worden, als die Polizei im Dorf Rebpa, ebenfalls in der Gemeinde Dzatoe, eine Razzia veranstaltete.

„Tibeter, die gegen den Staat gerichteter Aktivitäten verdächtig werden, brachte man in das Gemeindezentrum, wo sie hart behandelt, auch der Folter unterzogen wurden“, verlautet aus der Quelle. Die Behörden verlangen nun von den Bewohnern mehrerer Dörfer der Gemeinde, darunter auch Doda und Gana, zu den politischen Meetings zu kommen, wo sie „umerzogen“ werden sollen. Dabei werden sie davor gewarnt, es zu wagen, wieder dagegen zu protestieren, denn die Polizei würde dann mit scharfer Munition auf sie schießen.

„Die Offiziellen sagten, bisher hätten Polizei und paramilitärische Kräfte lediglich die Anweisung gehabt, Leute, die politisch aktiv sind, festzunehmen, aber die Zentralregierung habe sie nun ermächtigt, auf jeden zu schießen, der solche Aktionen ausführt“.

„Wenn die Leute irgendwelche Beschwerden hätten, dann sollten sie sich direkt an die Behörden wenden und um Hilfe bitten, statt Protestplakate anzubringen“.